

IdNr. Ehemann 95 240 938 767
IdNr. Ehefrau 52 731 280 940
Steuernummer 102/287/03201
(Bitte bei Rückfragen angeben)Finanzkasse
Magdeburg
39114 Magdeburg
Tessenowstraße 6
Zi.Nr.: 204
Tel.: 0391 885-1427FA, PF 3962, 39014 Magdeburg
000002039//
Herrn und Frau
Holger und
Anja Winkelmann
Ganghofer Str. 10
39108 Magdeburg**Bescheid für 2012**

über

**Einkommensteuer
und
Solidaritätszuschlag****Festsetzung****Art der Steuerfestsetzung**

Der Bescheid ist nach § 165 Abs. 1 Satz 2 AO teilweise vorläufig.

Festgesetzt werden
ab Steuerabzug vom Lohn
verbleibende Steuer
A b r e c h n u n g (Stichtag 04.03.2014)
bereits getilgt
mithin sind zuviel entrichtet

Einkommen- steuer €	Solidaritäts- zuschlag €
9.260,00 11.960,00	509,30 657,76
-2.700,00	-148,46
0,00	0,00
2.700,00	148,46

Das Guthaben von 2.848,46 € wird erstattet auf das Konto mit der
IBAN DE30 8705 0000 4711 1111 10 bei Sparkasse Chemnitz
(BIC: CHEKDE81XXX).**Besteuerungsgrundlagen****Berechnung des zu versteuernden Einkommens**

	Ehemann €	Ehefrau €	insgesamt €
Einkünfte aus Gewerbebetrieb als Einzelunternehmer		13.524	
Einkünfte		13.524	
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit Bruttoarbeitslohn	50.730		
ab Arbeitnehmer-Pauschbetrag	1.000		
Einkünfte	49.730		
Gesamtbetrag der Einkünfte	49.730	13.524	63.254

Bescheid für 2012 über Einkommenssteuer und Solidaritätszuschlag
vom 14.03.2014

Gesamtbetrag der Einkünfte (Übertrag)			63.254
ab Sonderausgaben-Pauschbetrag			72
Beschränkt abziehbare Sonderausgaben			
Versicherungsbeiträge	8.455	4.800	
Vorwegabzug	4.800		
verbleibende Versicherungsbeiträge	3.655	2.668	2.668
ab Höchstbeträge nach § 10 Abs. 3 Nr.1 EStG	2.668		
verbleiben	987	1.686	1.686
davon 50 % abziehbar	494		
dazu Erhöhungsbetrag nach § 10 Abs. 4a EStG	1.686		
Summe der beschränkt abziehbaren Sonderausgaben		9.648	9.648
außergewöhnliche Belastungen		653	0
-zumutbare Belastung (6 % von 63.254)		3.795	
Überbelastungsbetrag			
Einkommen / zu versteuerndes Einkommen			53.534

Berechnung der Steuer

		€
zu versteuern nach dem Splittingtarif	53.534	9.260
festzusetzende Einkommensteuer		9.260

Berechnung des Solidaritätszuschlags

	€
Einkommensteuer	9.260,00
Bemessungsgrundlage für den Solidaritätszuschlag	9.260,00
davon 5,5 % Solidaritätszuschlag	509,30

Bescheid für 2012 über Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag
vom 14.03.2014

Erläuterungen zur Festsetzung

Die geleisteten und die erstatteten Beiträge zur (Basis-)Krankenversicherung und gesetzlichen Pflegeversicherung wurden mit den Beträgen angesetzt, die das Versicherungsunternehmen, der Träger der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung oder die Künstlersozialkasse der Finanzverwaltung elektronisch übermittelt hat. Beiträge zu Basisrentenverträgen (sog. Rürup-Rente) sind in der vom Anbieter elektronisch übermittelten Höhe angesetzt worden. Die Günstigerprüfung hat ergeben, dass die Ermittlung der abziehbaren Vorsorgeaufwendungen nach der Rechtslage 2004 zu einem günstigeren Ergebnis führt.

Die Festsetzung der Einkommensteuer ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO vorläufig hinsichtlich

- der Nichtabziehbarkeit von Beiträgen zur Rentenversicherung als vorweggenommene Werbungskosten bei den Einkünften im Sinne des § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a EStG
- der Höhe des Grundfreibetrages (§ 32a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EStG)
- der Nichtabziehbarkeit der Gewerbesteuer und der darauf entfallenden Nebenleistungen als Betriebsausgaben (§ 4 Abs. 5b EStG)
- der beschränkten Abziehbarkeit von sonstigen Vorsorgeaufwendungen im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 3a EStG
- des Abzugs einer zumutbaren Belastung (§ 33 Absatz 3 EStG) bei der Berücksichtigung von Aufwendungen für Krankheit oder Pflege als außergewöhnliche Belastung
- der Berücksichtigung von Beiträgen zu Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit im Rahmen eines negativen Progressionsvorbehalts (§ 32b EStG)

Die Festsetzung des Solidaritätszuschlags ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO vorläufig hinsichtlich

- der Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlagsgesetzes 1995

Die Vorläufigkeitserklärung erfasst sowohl die Frage, ob die angeführten gesetzlichen Vorschriften mit höherrangigem Recht vereinbar sind, als auch den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof die streitige verfassungsrechtliche Frage durch verfassungskonforme Auslegung der angeführten gesetzlichen Vorschriften entscheidet (BFH-Urteil vom 30. September 2010 - III R 39/08 -, BStBl 2011 II S. 11). Die Vorläufigkeitserklärung erfolgt lediglich aus verfahrenstechnischen Gründen. Sie ist nicht dahin zu verstehen, dass die im Vorläufigkeitsvermerk angeführten gesetzlichen Vorschriften als verfassungswidrig oder als gegen Unionsrecht verstoßend angesehen werden. Soweit die Vorläufigkeitserklärung die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Norm betrifft, ist sie außerdem nicht dahingehend zu verstehen, dass die Finanzverwaltung es für möglich hält, das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof könne die im Vorläufigkeitsvermerk angeführte Rechtsnorm gegen ihren Wortlaut auslegen.

Sollte aufgrund einer diesbezüglichen Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union, des Bundesverfassungsgerichts oder des Bundesfinanzhofs diese Steuerfestsetzung aufzuheben oder zu ändern sein, wird die Aufhebung oder Änderung von Amts wegen vorgenommen; ein Einspruch ist daher insoweit nicht erforderlich.

Der Vorläufigkeitsvermerk hinsichtlich der Nichtabziehbarkeit von Beiträgen zu Rentenversicherungen als vorweggenommene Werbungskosten stützt sich auch auf § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 AO und umfasst deshalb auch die Frage einer eventuellen einfachgesetzlich begründeten steuerlichen Berücksichtigung.

Bescheid für 2012 über E i n k o m m e n s t e u e r und Solidaritätszuschlag
vom 14.03.2014

R e c h t s b e h e l f s b e l e h r u n g

Die Festsetzung der Einkommensteuer und des Solidaritätszuschlags kann mit dem Einspruch angefochten werden.

Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt oder bei der angegebenen Außenstelle schriftlich einzureichen, diesem / dieser elektronisch zu übermitteln oder dort zur Niederschrift zu erklären.

Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Dies gilt auch, soweit sich ein angefochtener Vorauszahlungsbescheid durch die Jahressteuerfestsetzung erledigt.

Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beträgt einen Monat. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist.

Hinweis: Entscheidungen in einem Grundlagenbescheid (z.B. Feststellungsbescheid) können nur durch Anfechtung des Grundlagenbescheids, nicht auch durch Anfechtung eines davon abhängigen weiteren Bescheids (Folgebeseid) angegriffen werden. Wird ein Grundlagenbescheid berichtigt, geändert oder aufgehoben (z.B. aufgrund eines eingelegten Einspruchs), so werden die davon abhängigen Bescheide von Amts wegen geändert oder aufgehoben.

A l l g e m e i n e s: Bitte bewahren Sie diesen Bescheid auf. Er dient auch als Einkommensnachweis zur Vorlage bei anderen Behörden.



063092002039220011